

FDP – Statement zum Haushalt 2021

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

meine Damen und Herren,

bevor ich zu meinen eigentlichen Ausfuhungen zum HH-Plan 2021 komme, möchte ich mich zunächst bei allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und hier insbesondere der Kämmerei für die große Sorgfalt und Akribie bei der Aufstellung dieses HH – Plans herzlich bedanken.

Er stellt eine sehr gute Grundlage für eine kritische und konstruktive Diskussion der Zukunft unserer Heimatstadt dar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

als wir vor einem Jahr die Haushaltsdebatte für das Jahr 2020 im Rathaus führten, konnte keiner von uns sich vorstellen, dass die pandemische Ausbreitung des Coronavirus aus China über die ganze Welt diese und damit auch ganz Deutschland, Hessen und Gießen bis zum heutigen Tage und vermutlich noch einige Zeit darüber hinaus in eine Krise von Gesundheitswesen, Wirtschaft und Gesellschaft stürzen würde wie wir sie seit dem Ende des zweiten Weltkrieges nicht erlebt haben.

Vielmehr hatten sich zum damaligen Zeitpunkt die bis dahin guten Daten von Konjunktur und Beschäftigung und damit die wirtschaftliche Lage insgesamt und dadurch auch die zukünftige haushaltspolitische Situation von Kommunen wie Gießen durch den weltweiten Handelskrieg und die Krise der Automobilindustrie in Deutschland bereits sichtbar verschlechtert.

Bereits im letzten Jahr durften jede Bürgerin und jeder Bürger unserer Stadt mit Fug und Recht erwarten , dass, wenn die Kämmerin der Stadtverordnetenversammlung einen HH – Plan mit einem deutlichen kalkulatorischen überschuss vorlegt, dieser dann auch zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und damit zur Förderung der Binnennachfrage eingesetzt wird.

Aber trotz der noch günstigen finanzpolitischen Großwetterlage kam es damals erneut zu keinem Abbau der unsozialen Belastung durch die überhöhte Grundsteuer B , sondern zu einem erheblichen und unbefristeten Ausbau des Stellenplans.

Meine Damen und Herren,

trotz der durch die Coronapandemie ausgelösten Wirtschaftskrise und den damit verbundenen existentiell bedrohenden Belastungen insbesondere von Gastronomie und Innenstadthandel und den damit verbundenen Risiken für zahlreiche Arbeitsplätze ist der Wille zum Sparen und zur Entlastung der Bürger bei der Koalition aus SPD, CDU und Grünen nach wie vor nicht zu erkennen !

Anders lässt es sich nicht erklären, dass die Koalition unsere HH – Anträge zur Senkung der Grundsteuer B, die die Regierungsparteien den Gießenerinnen und Gießenern in ihrem Koalitionsvertrag versprochen haben, ebenso ablehnen wie die für das Überleben von zahlreichen Unternehmen absolut notwendige Senkung der Gewerbesteuer .

Wir haben dazu seriöse Finanzierungsvorschläge vorgelegt, die zur Ermöglichung der Senkung der Grundsteuer B den teilweisen Verzicht auf aktuell nicht unbedingt benötigte zusätzliche Stellen und zur Senkung der Gewerbesteuer die Streichung die zur Mitte des Jahrs 2020 nicht besetzten Stellen im Stellenplan vorsieht.

Um zu erwartenden Legenden gleich präventiv entgegenzutreten sage ich Ihnen hiermit, dass wir Freien Demokraten damit keine einzige Mitarbeiterin und keinen einzigen Mitarbeiter der Stadtverwaltung entlassen wollen. Ziel dieser Maßnahme ist es lediglich, bislang anderweitig unnötig gebundene Haushaltsmittel zur Bekämpfung der Folgen der Krise wirkungsvoll einzusetzen.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

im letzten Jahr hatte ich Ihnen ja bereits nachgewiesen, dass der von Ihnen zur Begründung der Ausweitung des Stellenplans genannte Einwohnerzuwachs Gießens um 12,6 % in den sieben Jahren zwischen 2011 und 2018 schon unter dem Zuwachs der Zahl der Planstellen zwischen 2018 und 2020 um 13,8 % liegt.

Dieses Jahr sollen nach Ihrem Willen dann nochmals ca. 30 Stellen und damit wieder ca. 3% mehr als im Vorjahr dazukommen.

Frau OB,

bei Ihrer Politik ist es kein Wunder , wenn das Rathaus aus allen Nähten platzt und zusätzlich 400.000 €/Jahr für Mietkosten des Jugendamtes einkalkuliert werden müssen.

Wie Sie angekündigt haben, halten Sie ja trotz Coronakrise den vermehrten Einsatz von Home-Office in einer von Ihnen geführten Stadtverwaltung für nicht möglich und sinnvoll.

Herr Nübel von der SPD hat zu unseren Anträgen im Ausschuss lediglich beizutragen gewusst, dass die Krise gezeigt habe wie wichtig ein starker Staat ist.

Dazu sage ich Ihnen Herr Nübel , dass Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Gießen in seltener Einigkeit wenig Verständnis dafür haben werden, wenn Sie in den vergleichsweise sorgenfreien Elfenbeinturm der Stadtverwaltung investieren, während andere um ihre berufliche und wirtschaftliche Existenz kämpfen.

Leider hat uns die Koalition im Ausschuss auch erneut den Bau eines Trinkwasserbrunnens in der Wieseckau ebenso abgelehnt wie die dringend notwendige Erhöhung von Planungskosten und Einrichtung von Verpflichtungsermächtigungen zur Forcierung der Sanierung der maroden Grundschulbetreuung und Grundschule an der Brüder – Grimm – Schule in Kleinlinden.

Die Freien Demokraten haben sich ansonsten auch in diesem Jahr mit ihren bescheidenen Änderungsanträgen hochgradig zurückgehalten.

Umso bedauerlicher ist es , dass auch unser Antrag nach Wiedereinführung der Liebig – Stipendien nicht die Zustimmung der Koalition finden wird.

Meine Damen und Herren von der Koalition ,

mit der Ablehnung dieses Antrages haben Sie die einmalige Chance verpasst , der Öffentlichkeit mit relativ geringem finanziellen Aufwand zu demonstrieren wie wichtig die Hochschulen für die Universitätsstadt Gießen sind

Sie werden aus all diesen Ausführungen daher verstehen, dass wir die vorgelegte Haushaltssatzung auch nach den zwischenzeitlichen Änderungen ablehnen müssen.

.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die HH – Debatte im Dezember bietet traditionell auch die Gelegenheit , einen Rückblick auf das vergangene Jahr vorzunehmen und eine vorsichtige Prognose auf die Zukunft zu wagen.

Dieser Rückblick fällt im Hinblick auf die Arbeit des hauptamtlichen Magistrates und der diesen tragenden Kenia- Koalition aus Sicht der Freien Demokraten äußerst bescheiden aus und lässt uns nicht das nötige Vertrauen entwickeln, das benötigt wird, um den Haushalt nicht abzulehnen.

So bleibt es ein finanzpolitisches Ärgernis ersten Ranges, dass Frau Stadträtin Eibelshäuser die Kostenexplosion bei der Sanierung der GGO ebenso wenig vermeiden konnte wie Oberbürgermeisterin und Landrätin im Bereich des Gefahrenabwehrzentrums.

Peinlich wird es dann, wenn Herr Merz als ehemaliger SPD – Dezernent dazu lediglich kommentiert, dass sei nichts Überraschendes und schließlich früher auch schon so gewesen.

Wir Freien Demokraten setzen dagegen in der Zukunft auf eine Finanzpolitik, die rechnen kann und den Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie uns hier in der Stadtverordnetenversammlung belastbare Kostenschätzungen bei Großprojekten vorlegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

uns Freien Demokraten ist die Stärkung des Innenstadthandels gerade in der jetzigen Situation sehr wichtig.

Leider hatte die Koalition aus SPD, CDU und Grünen in 2019 unseren beantragten Bericht über die Maßnahmen des Magistrates zur Stärkung des Innenstadthandels ebenso abgelehnt wie die Vorlage eines Konzeptes dazu.

Genauso erging es uns bei dem Antrag zur Unterstützung eines Entwurfs zur Novellierung des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes, wo sich die Koalition noch nicht einmal im weiteren Verlauf zu einer Zustimmung zur Unterstützung ihrer eigenen Oberbürgermeisterin bei ihrer diesbezüglichen Stellungnahme an den Hessischen Städtetag durchringen konnte.

Leider hat die schwarzgrüne Landesregierung dann auch in 2020 einen Gesetzentwurf der Freien Demokraten im Landtag zur rechtssicheren Ladenöffnung an Sonntagen ohne Anlaßbezug abgelehnt.

Wir haben an dieser Stelle in diesem Jahr die erneute Unterstützung der Oberbürgermeisterin für den Innenstadthandel vermisst, zumal die geforderten Anlässe durch die Coronakrise allesamt ins Wasser gefallen sind.

Damit haben Magistrat und Koalition dem Innenstadthandel in seinem Kampf ums wirtschaftliche Überleben einen Bärendienst erwiesen !

Darüber können auch die gewährten Gewerbesteuerstundungen und die jetzt demnächst um ein Jahr verlängerte Aussetzung der Gebühren für Außengastronomie wenig ändern.

Um der schwierigen Situation des Innenstadthandels gerecht zu werden, darf dieser nicht wie von großen Teilen der Koalition gewollt von ihrer potentiellen Kundschaft abgekoppelt werden.

In diesem Zusammenhang benötigt Gießen gerade jetzt eine ideologiefreie Verkehrs-, Mobilitäts- und Klimapolitik, die Verkehrsmittel nicht gegeneinander ausspielt, sondern mit klugen Konzepten verbindet.

Solche Maßnahmen, die das Klima schützen und die heimische Wirtschaft sogar ankurbeln können wie z.B. der Ausbau eines sicheren Radwegenetzes sind jetzt vorrangig.

Der erste Lockdown hat zutage gebracht, was wir bei unseren im letzten Jahr abgelehnten Anträgen zur Erhöhung der Stellen für IT – Support an Schulen bereits vorhergesehen haben: durch die verzögerte Digitalisierung an Gießens Schulen sind beim Home- Schooling gerade die Kinder aus sozial schwächeren Familien abgehängt worden!

Und das bei einer SPD – Schuldezernentin !

Auch der Rückstand in der Digitalisierung in der Stadtverwaltung wurde von der Coronakrise gnadenlos aufgedeckt und hat gezeigt , dass es dringend notwendig ist, bislang notwendige Behördengänge in weitaus größerem Ausmaß als bisher vom PC zuhause oder dem Smartphone durch ein Update der Gießen – App erledigen zu können.

Magistrat und Koalition haben uns leider den Antrag auf eine in mehr als 700 Städten und Gemeinden längst praktizierte kommunale Bauförderung für junge Familien abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Koalition,

nur über den sozialen Wohnungsbau werden wir es nicht schaffen, für alle Bürgerinnen und Bürger Gießens erschwinglichen Wohnraum zu schaffen.

Mietpreisbremse und Mietendeckel haben dort, wo es sie gibt, dazu geführt , dass vorhandene Wohnungen nicht mehr saniert werden und fehlende Wohnungen nicht gebaut werden.

Diese Instrumente aus der Mottenkiste des real existierenden Sozialismus brauchen wir in Gießen nicht, sondern stattdessen zusätzliche Neubaugebiete im Stadtgebiet , wenn wir die Wohnungsknappheit wirksam bekämpfen wollen.

Der Sport in Gießen leidet unter gesperrten Hallen und Schwimmbädern, was auch, aber nicht nur der Coronapandemie geschuldet ist. Schon im letzten Jahr – vor Corona - wurden die Freibäder in Kleinlinden und Lützellinden stiefmütterlich behandelt und war die Doppelturnhalle an der Liebigschule wegen baulicher Mängel gesperrt.

Damit sich Gießen in der Zukunft mit Fug und Recht als Sportstadt bezeichnen kann und Schulen und Sportvereine ihre wichtigen Aufgaben in qualitativ und quantitativ gut ausgestatteten Sportanlagen wie Bädern, Hallen und Sportplätzen erfüllen können ,bedarf es in den kommenden Jahren enorme Anstrengungen , um den von der Koalition auf diesem Gebiet hinterlassenen Investitionsstau zu beseitigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie von mir vor einem Jahr vorhergesagt sind die Risse innerhalb der Koalition immer größer geworden und zwar so groß, dass man nur noch sagen kann :

die Kenia-Koalition ist am Ende !

Die CDU hat nämlich offensichtlich andere Vorstellungen als SPD und Grüne bei den Themen eines evtl. Kulturgewerbehofes auf dem alten Gelände der Berufsfeuerwehr, beim Umbau und Neustrukturierung der Kongresshalle und bzgl. der Errichtung einer Tiefgarage am Brandplatz.

Das Gezerre um die Temporegelung am Ende des jahrelangen, teuren Umbaus der Rathenaustraße war eine weitere Szene aus dieser zerrütteten Koalitionsehe.

Gießen braucht deshalb nach der Kommunalwahl einen Neuanfang und wir Freien Demokraten wollen unseren Beitrag für eine bessere Stadtregierung leisten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

Dr. Klaus Dieter Greilich